

■ »Frieden und Frauenrechte, okay?!« – Demo für eine Statue in Berlin-Moabit

Berlin. Einige hundert Menschen, alle mit Masken, viele mit Klappstühlen, demonstrierten am Dienstag mittag in Berlin-Moabit gegen die Anordnung des Bezirksbürgermeisters Stephan von Dassel (Grüne), eine Friedensstatue abzureißen, die an Kriegsverbrechen japanischer Soldaten an Mädchen und Frauen erinnert. Die Bronzeskulptur zeigt ein Mädchen mit abgeschnittenen Haaren und einem Vogel auf der Schulter auf einem von zwei Stühlen, der neben ihr ist leer. Die Statue geht auf eine Initiative des unabhängigen Korea-Verbands zurück, der nun auch die Demo gegen den Abriss organisierte. Auf Empfehlung der Kunstkommission des Bezirks war das Werk genehmigt und am 28. September errichtet worden, nach Protesten der japanischen Regierung sollte es dann bis zum 14. Oktober wieder entfernt werden.

»Friedensstatue – muss bleiben« riefen die Demonstranten kämpferisch, dabei gut gelaunt. Es gab viel Jubel, Gesang, immer wieder Applaus. Großes »Hallo-oh« dann bei der Ankunft am Rathaus Tiergarten: »Wir wollen Frieden, und wir wollen Frauenrechte, okay?!« Bei der Abschlusskundgebung beklagte Zoë Claire Miller vom BBK Berlin, dass »immer mehr Regierungen auch demokratisch verfasster Staaten die Freiheit der Kunst in Frage stellen und sie in den Dienst nationalistischer Geschichtsschreibung stellen wollen«. Bürgermeister von Dassel nahm vor seinem Amtssitz etliche tausend Unterschriften für den Erhalt des Kunstwerks entgegen und meinte, mehrfach von Buhrufen unterbrochen, er habe in den letzten Tagen »einiges gelernt« und wolle jetzt einen Gerichtsbeschluss abwarten – der Korea-Verband hatte im Eilverfahren Widerspruch gegen den Amtsbescheid eingelegt. (bs/xre)



Die »Trostrfrau« von Moabit

Eine Berliner Friedensstatue gegen sexualisierte Gewalt soll nach Protesten der japanischen Regierung abgerissen werden. **Von Berthold Seliger**

Der euphemistische Begriff »Trostrfrauen« steht für Verbrechen der japanischen Armee während des Pazifikkriegs (Juli 1937 bis September 1945), der in China und anderen asiatischen Staaten »Krieg des Widerstands gegen Japan« genannt wird. Das faschistische Japan hatte zunächst China angegriffen, weitete seinen Angriffskrieg dann auf ganz Südostasien und einen Großteil des Pazifiks aus: Thailand, Vietnam, Malaysia, Burma, die Philippinen, Singapur und eben Korea waren nur einige der besetzten Länder. Wegen der Ermordung von Millionen Zivilisten und Kriegsgefangenen – weitere Millionen starben in Zwangsarbeitslagern und durch vom Besatzungssystem verursachte Hungerkatastrophen – spricht man auch vom »asiatischen Holocaust«.

Zwei Stühle

Zu den Kriegsverbrechen gehört auch die systematische Zwangsprostitution von Frauen. Die Führung des faschistischen Regimes versprach sich von einer »organisierten« Prostitution vor allem eine bessere Moral der Soldaten. Zunächst versuchte man, berufsmäßige Prostituierte anzuwerben, dann ging die Militärpolizei der Marine, die berüchtigte Tokkeitai, dazu über, Töchter von Systemkritikern in Bordelle an der Front in China, Indochina und Indonesien zu zwingen. Vor allem aber wurden die »Trostrfrauen«, die »Jugun ianfu«, in militärisch besiegten Gebieten wie China und Korea, aber auch Timor, Indonesien oder Burma zwangsprostituiert. Schätzungen gehen von 100.000 bis 400.000 Frauen aus, die vergewaltigt, geschlagen und gefoltert wurden, die meisten von ihnen aus Korea, China und Japan selbst.

Erst Ende der 80er Jahre wagten erste ehemalige »Trostrfrauen«, von

ihrer Versklavung zu berichten, seit 1991 demonstrieren südkoreanische »Trostrfrauen« jeden Mittwoch vor der japanischen Botschaft in Seoul; seit 2018 ist der 14. August in Südkorea ein Gedenktag für die Frauen. Die japanische Regierung tat sich jahrzehntelang schwer damit, das Verbrechen an den Frauen anzuerkennen. Am 1. Januar 1992 bat der damalige japanische Premierminister Miyazawa Kiichi um Entschuldigung für den Umgang mit den Frauen, sein Nachfolger Junichiro Koizumi äußerte 2001 »tiefes Bedauern« über ihre »schmerzlichen Erfahrungen«. Premierminister Shinzo Abe erklärte dagegen 2007, es gebe »keinen Beweis dafür, dass Zwang auf Frauen ausgeübt wurde«, obwohl dies auch eine japanische Regierungsstudie 1992 zweifelsfrei bewiesen hatte. Bis heute vertreten prominente japanische Politiker die Ansicht, dass es die »Trostrfrauen« gar nicht gegeben habe oder, wie der Bürgermeister der Metropole Osaka, Toru Hashimoto, im Mai 2013 meinte, dass das System nötig gewesen sei, um die »Disziplin aufrechtzuerhalten« und den Soldaten, die ihr Leben riskierten, eine Pause zu ermöglichen. Ende 2015 schlossen Japan und Südkorea ein Abkommen, das eine erneute Entschuldigung Japans und die Zahlung von einer Milliarde Yen für einen Opferfonds vorsah.

Das Künstlerpaar Kim Seo Kyung und Kim Eun Sung schuf 2011 anlässlich der tausendsten Mittwochs-demonstration vor der Botschaft in Seoul eine bronzene Friedensstatue, die an die Versklavung der Hundert-tausenden Mädchen und Frauen aus 14 Ländern erinnert. Diese Friedensstatue ist von eindringlicher künstlerischer Kraft, obwohl oder gerade weil sie mit relativ einfachen Mitteln gestaltet ist: Zwei Stühle, auf einem sitzt eine »Trostrfrau«, der andere ist leer – er erinnert an die vielen Tausend

Frauen, die nicht den Mut hatten, von ihren demütigenden Erfahrungen zu berichten. Man kann ihn aber ebenso als Mahnung deuten, als Leerstelle zur Erinnerung an die Männer, die die Frauen versklavt und missbraucht haben – vor allem aber als Aufforderung, sich zu der Frau zu setzen, ihr Mitgefühl und Solidarität auszusprechen. Daneben ist eine Tafel mit Hintergrundinformationen in den Boden eingelassen.

»Belange des Bundes«

Am 28. September wurde auf Initiative des unabhängigen Korea-Verbands eine Bronzeversion der Friedensstatue an einer Straßenecke in Berlin-Moabit aufgestellt. Das zuständige Bezirksamt Berlin-Mitte hatte dies nach einer Empfehlung seiner beratenden »Kommission Kunst im Stadtraum/Kunst am Bau« im Juli bewilligt. Bei der Einweihungszeremonie sprachen eine Vertreterin vom Bezirksamt und eine ehemalige Leiterin der Gedenkstätte Ravensbrück.

Unmittelbar danach drängte die japanische Regierung bei der Bundesregierung auf eine Entfernung der Statue – so wie sie es weltweit tut, sobald die Kriegsverbrechen Japans öffentlich erwähnt werden. Als Freiburg im Breisgau 2016 von der koreanischen Partnerstadt Suwon ein dergartiges Denkmal als Geschenk angeboten bekam, folgten diplomatische Verwicklungen, schließlich lehnte der grüne Oberbürgermeister Dieter Salomon ab. Das Wegducken und Buckeln bundesdeutscher Politiker gegenüber reaktionären Kräften in Japan hat System und Methode. Das Außenminister Heiko Maas unterstellte Auswärtige Amt hat auch im jüngsten Fall offensichtlich massiven Druck auf die Bezirksregierung

ausgeübt: Das Straßen- und Grünflächenamt von Berlin-Mitte widerrief die Genehmigung zur Aufstellung der Friedensstatue wegen »erheblicher Belastungen des deutsch-japanischen Verhältnisses« und ordnete deren Entfernung an. In dem Bescheid verweist das Bezirksamt auf »wichtige Belange des Bundes«, auf eine »konkrete Störung der guten außenpolitischen Beziehungen Deutschlands zu Japan« und räumt schließlich ein, dass keine Erlaubnis erteilt worden wäre, wenn man die »harschen Reaktionen der japanischen Regierung« vorausgesehen hätte. Abgesehen davon, dass solche zu erwartenden Reaktionen im Konzept der Antragsteller ausdrücklich erwähnt wurden: Was ist Kunstfreiheit wert, wenn Werke aufgrund von Protesten anderer Staaten einfach aus dem öffentlichen Raum eliminiert werden?

Wirklich?

Ein besonderes Armutszeugnis stellte sich Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (Grüne) aus, der auf Kritik an seiner Entscheidung mit einer Pressemitteilung reagierte: Mit der Friedensstatue (die von Dassel in Anführungszeichen setzt) und der Texttafel werde »ein politisch-historisch belasteter und komplexer Konflikt zwischen zwei Staaten aufgegriffen, der sich nicht für die Aufarbeitung in Deutschland eignet«. Wirklich? Sind Kriegsverbrechen »komplexe Konflikte zwischen zwei Staaten« und nicht die Verbrechen des einen? Im übrigen rechtfertigte der Bürgermeister seinen Zensurakt mit einem wohlfeilen Allgemeinplatz: Der Bezirk Mitte sei »Heimat für Menschen aus weit mehr als 100 Nationen, die in toleranter, offener, friedlicher und respektvoller Weise miteinander un-

gehen«, und um »dieses Miteinander nicht zu gefährden«, müsse die Statue weg. Spätestens seit der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 gilt es selbst bis in weite Teile der Konservativen hinein als Konsens, dass Erinnern an Geschichte auch bedeutet, »eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, dass es zu einem Teil des eigenen Inneren wird«. Wenn ein grüner Bezirksbürgermeister mit der naiven Anrufung eines geschichtslosen Heiteitei-Multikulti die Zensur von Kunst rechtfertigt und ideengeschichtlich noch hinter einen CDU-Bundespräsidenten vor 35 Jahren zurückfällt, ist das so armselig wie beschämend. Zu einem würdigen Miteinander gehört doch gerade die Übereinkunft, sich der Geschichte zu stellen und aus dem Vergangenen zu lernen.

Auf der Tafel zur Statue in Moabit steht neben einer knappen Erwähnung der Verschleppung der Frauen durch das japanische Militär: Die Statue »würdigt den Mut der Überlebenden, die am 14. August 1991 ihr Schweigen brachen und sich gegen eine Wiederholung solcher Verbrechen einsetzen«. Diesem Kampf will sich der grüne Bürgermeister offensichtlich sowenig anschließen wie der sozialdemokratische Außenminister. Vorläufig hat von Dassel die Anordnung, die Statue zu entfernen, zurückgezogen, wie er am Dienstag abend erklärte. Er warte auf die Bewertung eines Eilantrags durch das Verwaltungsgericht.

Die Antragsteller vom Korea-Verband fordern, dass das Kunstwerk öffentlich sichtbar bleiben muss: »Berlin, sei mutig!« So schön es wäre, wenn die Politiker von Grünen und SPD mehr Rückgrat zeigten – »Mut« gehört dazu nicht wirklich. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, sich gegen sexualisierte Gewalt und für die Kunstfreiheit einzusetzen.